

und Militär ihres eigenen Landes. So lernten die Algerier zu unterscheiden zwischen Franzosen und Franzosen, zwischen Frankreich und der Kirche. Die Katholiken beeindruckten sie um so mehr, als diese unter jenen Franzosen, die sich für eine friedliche Lösung in Algerien einsetzten, weitaus die Mehrzahl bildeten. Durch die ständigen Kontakte zwischen Priestern und Algeriern, aber auch zwischen katholischen Laien und Einheimischen — etwa in den Lagern oder an Arbeitsplätzen — wurden diese Einsichten vertieft. Die Algerier lernten nicht nur diese Christen schätzen, sondern sie gewannen auch ein neues Verhältnis zum christlichen Glauben.

Daß trotz Krieg, Not und Elend ein neues Verhältnis zwischen Christen und Muslimen in Algerien sich entwickeln konnte, verdankt das Land vor allem dem Erzbischof von Algier, L.-E. Duval. Als Erzbischof Duval die Diözese übernahm, begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Kirche dieses Landes. Er betrachtete sich von Anfang an nicht nur für die Christen, sondern auch für die Nichtchristen verantwortlich. Immer wieder appellierte er an die kämpfenden Parteien, den Frieden zu suchen. Er trat jederzeit unerschrocken für die Muslimen ein, wenn feststand, daß sich die französische Besatzung Übergriffe erlaubt hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 216 und 266). Er wagte es häufig, den Unmut der französischen Siedler und der Regierung hervorzu-rufen. Mehrmals versuchte man, gegen ihn vorzugehen, und verlangte seine Absetzung durch den Vatikan. Der Vatikan hat sich diesen Forderungen immer widersetzt und sich so mit dem Erzbischof solidarisch gezeigt. Seine wiederholten Privataudienzen beim Papst sowie das päpstliche Schreiben an den Erzbischof anlässlich des Aprilputsches geben davon Zeugnis. Dadurch ist sein Ansehen nicht nur bei vielen Europäern, sondern auch bei den Algeriern außerordentlich gestiegen. In dem Maße, wie seine Bemühungen in Europa und bei den Muslimen anerkannt wurden, wuchs freilich auch der Widerstand gegen ihn. Er wird getragen von den französischen Siedlern und einem Teil des französischen Klerus, der noch immer seinen Auftrag auf die Betreuung der Siedler beschränken will und sich von der Vorstellung der französischen Suprematie gegenüber den Einheimischen nicht trennen kann. Das Verhalten mancher Priester anlässlich des „Messestreiks“ nach dem Aprilputsch war nicht nur von Angst vor den Colons, sondern weitgehend auch von der Sympathie für die „Streikenden“ bestimmt.

Aussichten der Kirche für die Zukunft

Anlaß zu berechtigten Hoffnungen für die Kirche im künftigen Algerien gibt das Wirken jener Priester, die, unterstützt von ihren Bischöfen, versuchen, sich dem Leben der Einheimischen anzupassen, ihre Sorgen zu teilen, ihre religiösen Überzeugungen zu verstehen und ihre kulturelle Eigenart mizuleben. Da der missionarische Geist gerade in jüngster Zeit unter den französischen Katholiken wieder lebendig geworden ist und auch von der Hierarchie gefordert wird, ist es sehr wahrscheinlich, daß sich noch mehr Priester finden werden, diese Form von Mission auf sich zu nehmen. Man muß freilich beachten, daß es sich dabei um eine doppelt schwere Aufgabe handelt. Denn der Missionar, Priester wie Laie, muß nicht nur völlig auf seine eigene Welt verzichten und sich ganz in die fremde Welt, die häufig noch voll des Elends und der Depression ist, einleben, sondern er muß auch

von vornherein von einem sichtbaren Erfolg seiner Mission absehen. Daß diese Missionare zu dieser Aufgabe bereit sind und dabei ihre Situation sehr realistisch einschätzen, ist wohl das Tröstlichste an der Sache.

Die Zukunft der Kirche in Algerien darf aber nicht allein auf solche kühnen Versuche gestellt sein. Sie bedarf, um lebensfähig zu sein, noch immer der Gegenwart der europäischen Katholiken. Für deren Verbleiben ist aber der Ausgang der Verhandlungen und der zukünftige politische Status von Algerien entscheidend. Ein völliger Rückzug der Europäer aus Algerien würde auch für das Leben der Kirche in diesem Land schwerwiegende Folgen haben.

Schließlich wird das künftige Schicksal der Kirche Algeriens auch davon abhängen, welchen politischen Kurs die neuen Führer steuern werden, ob nach Osten oder nach Westen. Im GPRA sind heute Vertreter einer prowestlichen wie prokommunistischen Linie anzutreffen. Welche den Ausschlag geben werden, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen.

Ökumenische Nachrichten

Das neue Protestantengesetz in Österreich Die Protestanten Österreichs feierten im Beisein der Regierung am 7. April 1961 in Kenntnis des bevorstehenden, am 6. Juli vom Nationalrat einstimmig verabschiedeten „Bundesgesetzes über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche in Österreich“ das Ende des 100 Jahre bestehenden Protestantententens vom 8. April 1861: die nunmehr erlangte volle Autonomie und Gleichberechtigung. Abgesehen von dem Schönheitsfehler, daß die Neuordnung des Rechtes der beiden evangelischen Kirchen Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses, die einen Kirchenbund darstellen, nicht als Staats-Kirchen-Vertrag, sondern als parlamentarisches Gesetz ins Leben tritt, haben sie alles erlangt, ja fast noch mehr, als sie nach Aussage von Bischof D. Gerhard May erwarten konnten. Da das Protestantentent Kaiser Franz Josephs, eine Frucht des Neubeginns parlamentarischen Lebens in Österreich auf Grund des Februarpatentes 1861, durch die Nationalsozialisten 1938 weitgehend außer Kraft gesetzt und 1947 durch ein Gentleman's-Agreement provisorisch abgelöst worden war, konnte die mit Unterrichtsminister Dr. Drimmel frei ausgehandelte Regelung die neuesten Erkenntnisse des Staatskirchenrechtes verwirklichen und ein Modell für Länder mit katholischer Mehrheit schaffen. Das war um so notwendiger, als sich die evangelische Bevölkerung von 103 000 Seelen im Jahre 1869 durch die 1898 einsetzende Los-von-Rom-Bewegung bis 1910 verdoppelt und bis 1951 durch Zuwanderung sogar vervierfacht hatte (auf 6,4%). 1959 zählte man in Österreich 414 812 Evangelische. Bei jährlich etwa 2000 Austritten überwiegt die Zahl der Neueintritte mit ca. 3200 Seelen in den letzten Jahren.

Volle Gleichberechtigung, Freiheit zu ökumenischem Verkehr

Will man beurteilen, was erreicht wurde, so ist ein Blick auf die 25 Paragraphen des Protestantententens von 1861 nötig, das das Toleranzedikt Josephs II. von 1783 ablöste (mit noch beschränkteren Rechten für „Akatholiken“, als sie heute Spanien gewährt; vgl. dazu Karl

Schädel: „Ein neues Protestantengesetz in Österreich“, in: „Informationsblatt“ Jhg. 10, Nr. 6, vom 23. 3. 61, und Wilhelm Kühnert: „Hundert Jahre Protestantenpatent“, in: „Österreichisches Archiv für Kirchenrecht“ Jhg. 12, 1961, Heft 2, S. 81—86). Das Patent gewährte damals den Protestanten, ihre kirchlichen Angelegenheiten selbständig zu ordnen, die Freiheit des Glaubensbekenntnisses — ohne aber die lutherische und die reformierte Kirche als zwei verschiedene Bekenntniskirchen anzuerkennen —, das Recht gemeinsamer öffentlicher Religionsausübung wie die Zusage, daß die Verschiedenheit des Glaubens keinen Unterschied im Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte ausmachen solle. Es wurde eine Staatspauerschale festgesetzt — sie betrug seit 1947 jährlich 5 Millionen Schilling —, ferner erhielt die Kirche das Recht, freie Schulen zu errichten, Pfarrer aus dem Ausland, d. h. aus Deutschland, anzustellen und Vereine zu bilden. Aber der katholische Kaiser behielt sich als Summus Episcopus das Recht vor, die Wahl des Superintendenten und die Gesetze der Generalsynode zu bestätigen und die Mitglieder der Kirchenleitung (Oberkirchenrat) zu ernennen, ein Recht, das seit 1918 auf den Ministerrat überging und völlig sinnlos wurde. Es fehlte vor allem der formelle Grundsatz der Gleichberechtigung mit der katholischen Kirche, die praktisch weitgehend schon bestand.

Diese ist in dem neuen Bundesgesetz voll anerkannt, und zwar getrennt für die lutherische und die reformierte Kirche wie für den Kirchenbund. Sie erhalten die Freiheit zum ökumenischen Verkehr und zur Mitgliedschaft im Weltrat der Kirchen sowie in anderen ökumenischen Organisationen, eine Bestimmung, die dem in Konkordaten anerkannten Recht auf freien Verkehr der katholischen Bischöfe mit dem Papst entspricht. Die Kirche sowie ihre Gemeinden und Einrichtungen genießen als Körperschaften öffentlichen Rechtes den Schutz des Staates, ebenso ihre Amtsträger, auch die geistliche Kleidung wird geschützt und die Amtsverschwiegenheit anerkannt. In bestimmten Bereichen haben die Behörden Rechtshilfe zu leisten. Staatliche Gesetze und Verordnungen, die äußere Rechtsverhältnisse der Kirche betreffen, sind ihr zur Begutachtung vorzulegen. Außer der Zahlung jährlicher Staatszuschüsse von 6,5 Millionen Schilling, errechnet nach dem Prozentanteil der evangelischen Bevölkerung, werden die Rechte der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Wien, des Religionsunterrichtes an den öffentlichen Schulen, der kirchlichen Jugenderziehung, der Militär- und der Krankenhauseelsorge geregelt. Auch ist das Sammlungsrecht sowie die Erhebung und unabhängige Verwendung von Kirchenbeiträgen und Gemeindeumlagen gewährleistet.

Was die gewählte Form eines Bundesgesetzes betrifft, wird von Sachverständigen geltend gemacht, daß in Österreich die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Regelung auf Vertragsbasis nicht gegeben seien und die Neuordnung sich dann wesentlich verzögert hätte. Die Kirche hat dem durch einen Verzicht auf die Vertragsform Rechnung getragen, da die Verhandlungen frei und verständnisvoll geführt worden waren und es sich nicht um ein oktroyiertes, sondern um ein paktiertes Gesetz handelt. Es ist zu vermerken, daß das Gesetz nicht von den Parteien umstritten war, sondern von allen schon im Werden gutgeheißen wurde. Die Parole des Unterrichtsministers Dr. Drimmel: „Freie Kirche im freien Staat“, bedeutet keine Distanzierung der beiden Partner, sondern Zusammenarbeit. Bischof May wies in seiner Würdigung des Ge-

setzes eigens darauf hin, daß die Verankerung des Rechtes auf freien ökumenischen Verkehr von größter Tragweite für ein europäisches Staatskirchenrecht sei.

Die Inthronisation des Erzbischofs Ramsey Es war ein großes, nie dagewesenes ökumenisches Ereignis für Canterbury als der 100. Erzbischof, Arthur Michael Ramsey, am 27. Juni zunächst auf dem Stuhl seiner Kathedrale und hernach auf dem ehrwürdigen Stuhl des ersten Missionsbischofs in England, des hl. Augustinus, inthronisiert wurde. Denn außer den vielen Würdenträgern des Staates, der Grafschaften und der anglikanischen Kirchengemeinschaft sowie den Freikirchen Englands und Schottlands waren zahlreiche Oberhäupter der sog. „katholischen“ Kirchen des Weltrates der Kirchen anwesend oder durch Delegierte vertreten. Für die Altkatholiken, die mit der Anglikanischen Kirche in Gemeinschaft stehen, waren erschienen der Erzbischof von Utrecht und der Bischof von Deventer. Der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel war durch Erzbischof Athenagoras von Thyateira vertreten, der Patriarch von Moskau durch den Leiter seines Außenamtes, Erzbischof Nikodim. Aus dem Ostraum waren ferner erschienen die orthodoxen Metropoliten von Rumänien, Bulgarien und Serbien, dazu die Vertreter der Patriarchen von Antiochien, Jerusalem und Alexandrien, auch der orthodoxe Erzbischof Theophilus von Athen und sogar die polnisch-orthodoxe Kirche und die Kirche von Armenien. In diesem farbenprächtigen Aufzug fielen die Vertreter der lutherischen Kirchen von Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark, der Vorsitzende des Rates der EKD, Präses Kurt Scharf, und verschiedene reformierte Kirchenpräsidenten wenig auf. Das Ganze war offenkundig die Demonstration eines ökumenischen Programms und der Ausweis der persönlichen Reichweite des neuen Erzbischofs von Canterbury, der nun bald auf der 3. Vollversammlung des Weltrates in Neu-Delhi erscheinen wird. Von führenden Repräsentanten des Weltrates der Kirchen wissen die Berichte nichts. Der katholische Kardinal von Westminster, Erzbischof Godfrey, hatte zwar keine formelle Einladung erhalten, aber Angehörige seines Klerus waren zugegen.

Ein ökumenisches Programm

Der Höhepunkt der Veranstaltung, die mit allem englischen Zeremoniell ablief, war die Antrittspredigt, die Dr. Ramsey von seiner Cathedra aus hielt („Church Times“, 30. 6. 61). Er unterstrich, daß diese Inthronisation einen Mann auf den Stuhl eines Herrschers erhebe, denn er wird im Namen Christi in der Kirche Gottes regieren, freilich nicht als Herr, sondern als Diener, auch sei es der Stuhl eines Lehrers. Er betonte die Sukzession in der Einen, Heiligen, Katholischen Kirche seit dem hl. Augustinus von Canterbury, ohne zu erwähnen, daß dieser vom Papst in Rom ausgesandt worden war. „Wir müssen uns zuerst dessen bewußt sein, was wir haben und wo wir in unserer eigenen Kirche von England stehen. Wir sind eine reformierte Kirche nach der Schrift: laßt daran keinen Zweifel aufkommen. Wir erfreuen uns außerdem unserer katholischen Kontinuität, für die diese Inthronisation heute ein lebendiges Symbol ist.“ Nicht weniger, fuhr der Erzbischof fort, müsse man aber die intellektuelle Freiheit und die Leidenschaft zur Wahrheit schätzen, die heute den christlichen Glauben inmitten einer wissenschaftlichen Kultur vorzuweisen hat: „Schrift-

gemäß, katholisch und liberal“ nannte er die Kirche von England. Er wies sodann auf die Verpflichtung zur Einheit der Christen hin und stellte in diesem Zusammenhang mit fast drohender Stimme die Forderung auf, die er schon einige Tage vorher in einem Interview vertreten hatte („Church Times“, 9. 6. 61): „Hier in England sind Kirche und Staat aneinander gebunden, und wir benutzen dieses Band, um der Gemeinschaft zu dienen. Aber in diesem Dienst, der Gott geben muß, was Gottes ist, fordern wir eine größere Freiheit für die Ordnung und die dringende Revision unserer gottesdienstlichen Formen.“ Er wolle das Band mit dem Staat (d. h. die gesetzliche Kontrolle des Britischen Unterhauses, das 1928 die Revision des Common Prayer Book durch ein Veto aufgeschoben hatte) nicht lösen, aber die Kirche von England könne ihre Aufgabe für das Land nicht erfüllen, wenn sie nicht danach strebe, sie auch gegenüber der ganzen Welt zu leisten. Zum Schluß sprach Erzbischof Ramsey das Gebet des hl. Augustinus von Hippo: „Herr, nimm mein Herz von mir, denn ich kann es dir nicht geben. Bewahre es für dich, denn ich kann es nicht für dich bewahren, und rette mich vor mir selber.“

Aus dem erwähnten Fernsehinterview des neuen Erzbischofs sind einige Sätze über seine Person und seine Aufgabe bemerkenswert. Sie zeigen, daß er gewissen Vorurteilen entgegentreten mußte, die sich aus seiner Vergangenheit als Sprecher der hochkirchlichen Anglikaner ergeben. Auf die Frage, wie er sich selber sehe im Vergleich zu seinen Vorgängern — Erzbischof Lang, der ein Priester war, Erzbischof Temple, der ein Prophet war, und Erzbischof Fisher, einem großen Verwalter —, erklärte Dr. Ramsey: „Ich bin bestimmt ein Pastor!“ Er liebe die Sorge für das Volk und wolle die Glaubenswahrheiten unter die Leute bringen. Dann habe er sich vorgenommen, die Freiheit der Kirche zu sichern und das neue Common Prayer Book durchzubringen. Sehr vorsichtig, ja ausweichend äußerte er sich darüber, was er für die Einheit der Christen zu tun gedenke. Auf die Frage, ob er ein Zeremonialist sei, sagte er, diese Meinung amüsiere ihn außerordentlich. Er schätze es, daß die Kirche von England eine reformierte Kirche sei, aber auch, daß sie die katholische Kontinuität und das sakramentale Leben bewahrt habe, was das Anliegen der hochkirchlichen Bewegung sei. Er persönlich sei an Zeremonien nicht interessiert.

Schließlich fiel der Ernst auf, mit dem er die Frage beantwortete, ob er guten Herzens an seine neue Aufgabe herangehe. Da wurde er nachdenklich und erklärte, wir haben als Kirche den leidenden Christus am Kreuz zu repräsentieren, und weil das so ist, mag es sein, daß unsere Kirche ein gebrochenes Herz hat, und vielleicht mag auch das Herz des Erzbischofs im Leiden für Christus brechen.

Die Prager „Allchristliche“ Friedenskonferenz

Nachdem im letzten Heft der Herder-Korrespondenz (S. 465 f.) die Methoden und Ziele der kommunistischen Friedensoffensive ausführlich dargelegt wurden, die sich auch christlicher Kreise für ihre Zwecke bedient, kann hier ein krasses Beispiel ihrer praktischen Anwendung berichtet werden. Es handelt sich um die Botschaft der sog. Prager Friedenskonferenz, die vom 13. bis 18. Juni 1961 tagte und von insgesamt 670 Theologen und Laien aus den östlichen und westlichen Ländern besetzt war. Seit mehreren Jahren wurde diese Konferenz vorbereitet, und es

beteiligten sich daran dieselben evangelischen Kreise, die auf den Synoden der EKD durch ihre radikale Haltung von sich reden machen. Während die protestantischen und orthodoxen Kirchen des Ostraums bis nach China hin durch förmliche Delegationen vertreten waren, wie die „Evangelische Welt“ (1. 7. 61, S. 372 f.) berichtet, beschränkten sich der Weltrat der Kirchen, der Lutherische Weltbund und die Nyborger Europäische Konferenz der Kirchen auf die Entsendung von Beobachtern. Die EKD hatte dazu die Oberkirchenräte Hanfried Krüger vom Kirchlichen Außenamt in Frankfurt a. M. und Schmitt, Berlin, entsandt. Aus Westdeutschland waren 100 Besucher, meist den Pfarrbruderschaften angehörend, aus Mitteldeutschland 70 erschienen. Professor Heinrich Vogel, Berlin, hielt die Eröffnungspredigt, Kirchenpräsident Niemöller ergänzte die Ausführungen des Hauptreferenten, Professor Joseph Hromadka, Prag, durch ein Korreferat. Präses Wilm von der Evangelischen Kirche in Westfalen fehlte nicht. Das Plenum wählte Hromadka zum Vorsitzenden der Bewegung, seine Stellvertreter wurden Erzbischof Nikodim vom Außenamt des Patriarchen von Moskau, Bischof Tibor Bartha, Ungarn, Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg, Dortmund, und Professor Heinrich Vogel.

Die wortreiche Botschaft der Konferenz geht von der Gefahr der atomaren Selbstvernichtung der Menschheit aus und fordert auf Grund der in Christus geschehenen Versöhnung, daß die Christen alle Möglichkeiten der Verständigung zwischen den Völkern ausschöpfen und für eine neue, gute Rechtsordnung eintreten, die dem Frieden dient. Der III. Abschnitt zeigt dann die massive Spitze mit einer Einmischung in die römisch-katholische Kirche, um deren Glieder man sich Sorgen macht.

Die Spitze gegen die katholische Hierarchie

Es heißt da u. a.: „Wir bekennen, daß die ganze Christenheit und wir alle zu lange gezögert haben, uns dem Frieden Gottes zu öffnen... Wir alle sind tief in die allgemeine Friedlosigkeit der Menschheit verstrickt. Mit großem Schmerz und tiefer Sorge sehen wir, daß große Teile der Christenheit den Auftrag des Herrn... verleugnen, daß sie die Massenvernichtungsmittel pseudochristlich legitimieren, bestimmte Gesellschaftsordnungen für unabänderlich ausgeben und den kalten Krieg gegen solche Völker schüren, die eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen. Wir können dabei nicht verschweigen, daß zahllose Mitchristen römisch-katholischen Bekenntnisses, die wie wir nach Frieden verlangen und sich mit uns um die Abwehr der Katastrophe des kalten und des heißen Krieges mühen, durch das praktische Verhalten vieler ihrer Kirchenführer in schwere Gewissenskonflikte kommen. Leitende kirchliche Stellen — auch Kreise im Vatikan — tragen leider dazu bei, daß der Geist des kalten Krieges fortlebt. Indem wir das aussprechen, hören wir nicht auf zu beten, Gott wolle uns selbst und unsere römisch-katholischen Brüder in seiner Liebe festhalten...“ In einem weiteren Abschnitt wird eine illusionäre Abrüstungspolitik, die genau mit der sowjetischen übereinstimmt, gefordert: „Weil das atomare Wettrüsten immer noch andauert, bitten wir alle Parlamente und alle Regierungen, alles zu tun und vieles zu wagen, was zur Abschaffung des Krieges führt. Dazu gehören als erster Schritt die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Einigung über internationale Kontrollmaßnahmen. Dazu gehört der Verzicht der noch nicht atomar gerüsteten

Völker auf den Besitz der Massenvernichtungsmittel. Dazu gehört alles, was der Bemühung um die allgemeine totale Abrüstung und um einen organisierten Weltfrieden dient. Dazu gehören schließlich ein allgemeines Verbot aller Kernwaffen und die Vernichtung der vorhandenen Bestände, so daß am Ende die Atomenergie nur friedlichen Zwecken dient. Dazu gehören auch alle Versuche und Vorschläge zur Bildung von atomwaffenfreien Zonen und zur Schaffung international garantierter Neutralitätsverträge. Die ungelöste Deutschlandfrage ist eine gefährliche Wunde am Leibe Europas. Deshalb wenden wir uns an die Kirchen und Christen, an die Regierungen und an das Volk in beiden deutschen Staaten mit der Bitte, die besonderen deutschen Versuchungen zu erkennen, die in jeder Form der Aufrüstung, vor allem aber in der atomaren Aufrüstung liegen, und durch Verzicht darauf zum Frieden Europas und der Welt aktiv beizutragen.“

Es wird sodann Freiheit für die unterdrückten Völker in Lateinamerika und Asien (nicht in der Sowjetzone!) gefordert und die Frage der Entwicklungsländer mit guten Ratschlägen bedacht. Es versteht sich am Rande, daß in diesem Gremium immer nur der Westen auf der Anklagebank sitzt und kein Wort der Kritik über das System des atheistischen Kommunismus gewagt wird. Es wäre sicher verfehlt, die betreffenden christlichen Persönlichkeiten durch unguete Worte und Maßnahmen zu Märtyrern zu stempeln, aber man wird ihnen noch genauer auf die Finger sehen und sie mit geeigneter Aufklärung vor ihren Gemeinden als unverantwortliche Illusionäre und falsche Propheten entlarven müssen.

Man kann an dieser Botschaft unschwer erkennen, welchen Belastungen der Weltrat der Kirchen in Neu-Delhi, besonders nach der Aufnahme der Russisch-Orthodoxen Kirche, ausgesetzt sein wird. Die Vermutungen unseres Berichtes im letzten Heft (S. 474 f.) scheinen sich zu bestätigen.

Aus der islamischen Welt

Eine muslimische Union? Immer wieder werden mit einer gewissen Regelmäßigkeit von einigen muslimischen Regierungen gewisse Pläne zur Förderung einer „muslimischen Union“ oder zu einer religiösen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen muslimischen Staaten vorgetragen. Das Gemeinsame derartiger Initiativen ist, daß sie feierlich proklamiert und drei Monate später vergessen sind. Es scheint, daß derartige Unternehmen, sofern mehr als ein Staat an ihnen beteiligt ist, zum Scheitern verurteilt sind, wenn auch jeder arabische Staat, der etwas auf sich hält, irgendwelche internationalen muslimischen Kongresse veranstaltet und irgendein Sekretariat unterhält. Dies alles dient für gewöhnlich einer bestimmten nationalen Propaganda, um nicht zu sagen den sehr eigennützigen Zwecken der jeweiligen Regierung. Wenn man von einigen wenigen Unternehmungen absieht, wie z. B. die Missionsaktivität, die von der Al-Azhar-Universität ausgeht (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 414), dann darf man feststellen, daß ihnen allen kein Erfolg beschieden war, nicht zuletzt deshalb, weil sie jeder als das erkennen kann, was sie sind, und sich kaum ein muslimischer Staat heute um des gemeinsamen Glaubens willen etwas vergibt.

Zur Kategorie der freundschaftlichen Zugeständnisse muslimischer Staatsmänner untereinander ist auch ein ge-

meinsames Kommuniqué des Königs Saud von Arabien, des Ministerpräsidenten von Senegal, Mamadu Dia, des Scheikh Ibrahim Iman von Senegal und einiger Minister von Kamerun, Malaya und Indonesien anzusehen. Diese kamen anlässlich ihrer Pilgerfahrt in Mekka zusammen und beschlossen:

1. religiös und politisch zusammenarbeiten gemäß den Vorschriften des Islam und des Buches Gottes (des Koran);
2. Diese Zusammenarbeit werde ihnen gestatten, gemeinsam ihre Brüder, die gegen den Imperialismus und für die Befreiung ihrer Heimat, besonders Palästinas und Algeriens, kämpfen, zu unterstützen, desgleichen jeden Muslim, der zu Unrecht aus seiner Heimat vertrieben wurde.

3. Die Versammelten erklären, daß die zionistischen Banden, die Palästina angegriffen haben, eine Gefahr für den Islam und die Muslimen darstellen, da deren Ideologie dem Islam feindlich ist. Daher haben alle Muslimen die Pflicht, alles zu tun, um die Rechte der palästinensischen Araber zu verteidigen.

4. In Medina (Saudi-Arabien) soll eine muslimische Universität errichtet werden, die Mittelpunkt und Stütze des Studiums und des Unterrichts in der muslimischen Religion werden soll. Die Beteiligten werden den Besuch dieser Universität fördern. Sie betrachten jede kulturelle muslimische Zusammenarbeit mit Wohlwollen und wünschen, daß dieses Werk baldmöglichst begonnen werde. König Saud möge in nächster Zeit dieses Objekt vorantreiben.

Während der Zusammenkunft erklärte König Saud seine Pläne für eine islamische Union der muslimischen Staaten, die eine freie Zusammenarbeit zwischen den muslimischen Staaten der ganzen Welt ermöglichen soll. Besonders der inzwischen verstorbene König Mohammed V. von Marokko und der Präsident der Republik Pakistan, Ayub Khan, hätten die Pläne König Sauds mit Begeisterung aufgenommen („L'Orient“, 1. 6. 61).

Wie bereits gesagt, kommt einer derartigen Deklaration kaum eine Bedeutung zu. Sie zeigt im Grunde nur, wie sehr die Religionspolitik von nationalen und politischen Motiven bestimmt wird. Die Erklärung gegen den Zionismus, die nichts Neues enthält, ist vor allem für den afrikanischen Gebrauch bestimmt.

Eine gewisse Bedeutung hat lediglich der Plan der Universitätsgründung in Medina. Hinter diesem Plan steht wohl mehr als nur der Wunsch König Sauds, auch in Arabien eine eigene Religionshochschule zu haben. Vielmehr wird hier versucht, ein Gegengewicht zur Al-Azhar-Universität in Kairo zu schaffen. Diese ist seit Jahrhunderten der religiöse Mittelpunkt des arabischen Orients und eines Teiles des muslimischen Afrika. In den letzten Jahren ist die Al-Azhar-Universität immer mehr zum Instrument der ägyptischen Außenpolitik und der nasseristischen Propaganda geworden (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 413 ff.). Am 23. Juni 1961 (also nach dieser Resolution, aber keineswegs überraschend) hat die ägyptische Nationalversammlung durch Gesetz beschlossen, die Al-Azhar-Universität zu einer modernen Universität auszubauen, und diese zugleich dem Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Nasser, unterstellt. Sie soll auch in Zukunft die höchste Autorität in religiösen Fragen bleiben (was natürlich nur für Ägypten verbindlich ist). Viele arabische und muslimische Staaten beobachten diese Entwicklung mit Mißtrauen, nicht zu Unrecht, denn eine nasseristische Infiltration des höheren